

Zivilgesellschaft in der Krise?

Bericht von einer Tagung in Windhoek

Von Heribert Weiland

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Namibia-Angola waren am 30. und 31. Mai 2017 etwa 50 Vertreter des öffentlichen Lebens – jedoch bewusst keine Parteipräsentanten – im Gateway Centre in Windhoek zusammengekommen, um über die Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft in Namibia zu diskutieren. Anlass und Ausgangspunkt war eine Studie des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg gewesen, die in den Jahren 2014–2016 im Auftrag des BMZ auf der Basis einer Vielzahl von Interviews angefertigt wurde (*Reinhard Köfler und Heribert Weiland unter Mitarbeit von Thomas Klie: Bedeutung der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia, Freiburg 2016*). Nach einer Einführung durch die Autoren – eine Kurzfassung der Studie lag vor – gelang es dem Moderator der Tagung, Dennis Zaire (KAS), eine lebhafte Diskussion über den gegenwärtigen Status quo der Zivilgesellschaft in Namibia zu initiieren. Dabei ging es um eine Problemanalyse, um Erfahrungen aus der Vergangenheit und vor allem um Chancen und Möglichkeiten, wie die Zivilgesellschaft in Zukunft wieder zu einer wirksamen Kraft in der namibischen Demokratie werden könnte.

Die Diskussion zielte zunächst darauf ab, ein gemeinsames Verständnis von Zivilgesellschaft in Namibia zu gewinnen. Zivilgesellschaft wird als ein gesellschaftlicher Raum betrachtet, der als dritter weitgehend privater Sektor zwischen Staat und Markt anzusiedeln ist und insofern eine gewisse Autonomie für sich beanspruchen kann. Obwohl dieser Sektor in vielen Bereichen sich keineswegs politisch versteht (Nachbarschaft, Sportverein, Kirche etc.), besitzt er dennoch einen eindeutig politischen Charakter, als in ihm vielfältige strukturierte Machtverhältnisse bestehen. Gleichgesinnte Gruppen versuchen, in diesem Raum ihre Wünsche und Interessen zu artikulieren und durchzusetzen und stoßen dabei durchaus an Grenzen, die durch hoheitliche Regelungen und Vorschriften (government) festgelegt sind. Die gilt besonders bei regierungskritischen Forderungen nach verantwortungsvoller Regierungsführung.

Wesentlich ist, dass bei gemeinschaftlichen Initiativen (engagement) notwendigerweise Organisationsprozesse und -strukturen entstehen, die zu ihrer Bewältigung gewisse Sekundärtugenden erfordern: Zuverlässigkeit, Stetigkeit, Zeitdisziplin, Verschriftlichung bis hin zur Buchführung. Die (registrierte) Zivilgesellschaft braucht Organisation, um sich in einer komplexen Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Zentral für die Bestimmung von Zivilgesellschaft ist ihre normative Grundausrichtung. Auch wenn Vereinigungen unter unterschiedlichsten Zielvorstellungen (selbst als Mafia) zusammenfinden können, so definiert sich Zivilgesellschaft doch typischerweise als Vertretung bürgerlicher Tugenden im Sinne einer freien, gerechten und demokratischen Wertordnung, die es engagiert zu vertreten und zu verteidigen gilt (advocacy).



Einige Teilnehmer der Tagung

Das Normative wird auch auf dem breiten Feld der freiwilligen Selbsthilfe sichtbar, die zumeist ohne ausdrückliche Gewinnorientierung wichtige Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringt, z.B. im Erziehungs- und Gesundheitsbereich oder im Naturschutz. Derartige Dienstleistungen, die eigentlich dem Staat obliegen, entsprechen dem Prinzip der Subsidiarität und werden mehrheitlich in Partnerschaft mit dem Staat erfüllt. Mehr als 45 % der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in Kooperation mit staatlichen Stellen im Servicebereich tätig.

Organisierte zivilgesellschaftliche Aktivitäten gehen in Namibia in die Zeit vor der Unabhängigkeit zurück, wobei vor allem die politischen Proteste gegen die südafrikanische Apartheid im Vordergrund standen. Sozialpolitische Anliegen spielten bei Gewerkschaftsgründungen, Frauenbewegungen und vor allem bei den Kirchen eine wichtige Rolle. Dies galt übrigens nicht nur für die Kriegsregionen im Norden des Landes, sondern auch für das übrige Namibia, wo

Zivilgesellschaft in der Krise?

Bericht von einer Tagung in Windhoek

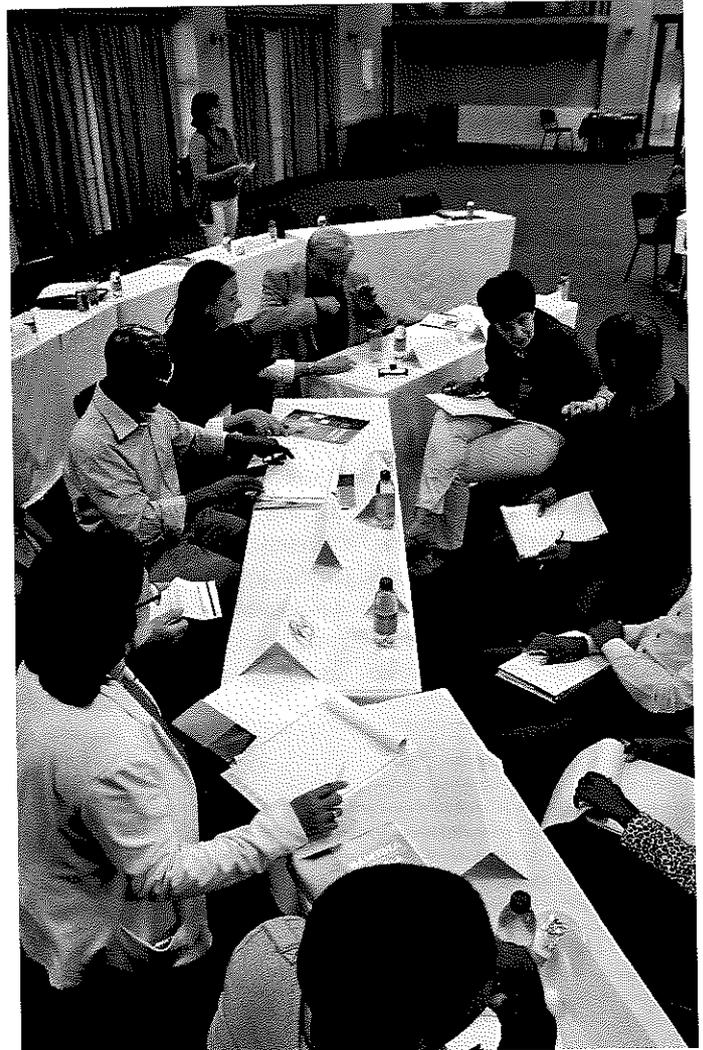
Von Heribert Weiland

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) Namibia-Angola waren am 30. und 31. Mai 2017 etwa 50 Vertreter des öffentlichen Lebens – jedoch bewusst keine Parteirepräsentanten – im Gateway Centre in Windhoek zusammengekommen, um über die Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft in Namibia zu diskutieren. Anlass und Ausgangspunkt war eine Studie des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg gewesen, die in den Jahren 2014–2016 im Auftrag des BMZ auf der Basis einer Vielzahl von Interviews angefertigt wurde (*Reinhard Köfler und Heribert Weiland unter Mitarbeit von Thomas Klie: Bedeutung der Zivilgesellschaft in der Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia, Freiburg 2016*). Nach einer Einführung durch die Autoren – eine Kurzfassung der Studie lag vor – gelang es dem Moderator der Tagung, Dennis Zaire (KAS), eine lebhafte Diskussion über den gegenwärtigen Status quo der Zivilgesellschaft in Namibia zu initiieren. Dabei ging es um eine Problemanalyse, um Erfahrungen aus der Vergangenheit und vor allem um Chancen und Möglichkeiten, wie die Zivilgesellschaft in Zukunft wieder zu einer wirksamen Kraft in der namibischen Demokratie werden könnte.

Die Diskussion zielte zunächst darauf ab, ein gemeinsames Verständnis von Zivilgesellschaft in Namibia zu gewinnen. Zivilgesellschaft wird als ein gesellschaftlicher Raum betrachtet, der als dritter weitgehend privater Sektor zwischen Staat und Markt anzusiedeln ist und insofern eine gewisse Autonomie für sich beanspruchen kann. Obwohl dieser Sektor in vielen Bereichen sich keineswegs politisch versteht (Nachbarschaft, Sportverein, Kirche etc.), besitzt er dennoch einen eindeutig politischen Charakter, als in ihm vielfältige strukturierte Machtverhältnisse bestehen. Gleichgesinnte Gruppen versuchen, in diesem Raum ihre Wünsche und Interessen zu artikulieren und durchzusetzen und stoßen dabei durchaus an Grenzen, die durch hoheitliche Regelungen und Vorschriften (government) festgelegt sind. Die gilt besonders bei regierungskritischen Forderungen nach verantwortungsvoller Regierungsführung.

Wesentlich ist, dass bei gemeinschaftlichen Initiativen (engagement) notwendigerweise Organisationsprozesse und -strukturen entstehen, die zu ihrer Bewältigung gewisse Sekundärtugenden erfordern: Zuverlässigkeit, Stetigkeit, Zeitdisziplin, Verschriftlichung bis hin zur Buchführung. Die (registrierte) Zivilgesellschaft braucht Organisation, um sich in einer komplexen Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Zentral für die Bestimmung von Zivilgesellschaft ist ihre normative Grundausrichtung. Auch wenn Vereinigungen unter unterschiedlichsten Zielvorstellungen (selbst als Mafia) zusammenfinden können, so definiert sich Zivilgesellschaft doch typischerweise als Vertretung bürgerlicher Tugenden im Sinne einer freien, gerechten und demokratischen Wertordnung, die es engagiert zu vertreten und zu verteidigen gilt (advocacy).



Einige Teilnehmer der Tagung

Das Normative wird auch auf dem breiten Feld der freiwilligen Selbsthilfe sichtbar, die zumeist ohne ausdrückliche Gewinnorientierung wichtige Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringt, z.B. im Erziehungs- und Gesundheitsbereich oder im Naturschutz. Derartige Dienstleistungen, die eigentlich dem Staat obliegen, entsprechen dem Prinzip der Subsidiarität und werden mehrheitlich in Partnerschaft mit dem Staat erfüllt. Mehr als 45 % der zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in Kooperation mit staatlichen Stellen im Servicebereich tätig.

Organisierte zivilgesellschaftliche Aktivitäten gehen in Namibia in die Zeit vor der Unabhängigkeit zurück, wobei vor allem die politischen Proteste gegen die südafrikanische Apartheid im Vordergrund standen. Sozialpolitische Anliegen spielten bei Gewerkschaftsgründungen, Frauenbewegungen und vor allem bei den Kirchen eine wichtige Rolle. Dies galt übrigens nicht nur für die Kriegsregionen im Norden des Landes, sondern auch für das übrige Namibia, wo

zivilgesellschaftliche Aktivitäten durch die von den Westmächten geförderten 435-Proteste Unterstützung fanden. Die besonderen Bedingungen eines friedlichen Unabhängigkeitspaktes, verbunden mit einer durch westliche Grundwerte geprägten, liberalen Verfassung eröffneten der Zivilgesellschaft ein weites Betätigungsfeld. Mit viel internationaler Unterstützung entstand in Namibia bald eine äußerst vielfältige und vermeintlich florierende zivilgesellschaftliche NGO-Landschaft, die von vielen als Basis einer dynamischen Demokratieentwicklung angesehen wurde.

Die anfänglich großen Erwartungen erfüllten sich nicht. Dem rasanten Anstieg – im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit entstanden bis zu 600 zivilgesellschaftliche Vereinigungen – folgte bald ein spürbarer Niedergang. Die Gründe sind vielfältig, wie die Konferenzteilnehmer konstatierten. Zum einen ging die internationale Förderung zurück – spätestens seit Namibia zum „upper middle income country“ wurde – und mit ihr die Zahl gut ausgestatteter internationaler Berater und damit auch die günstigen Verdienstmöglichkeiten für Aktivisten. Viele wanderten in den Staatsdienst ab. Zum anderen veränderte sich im Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit noch unter Präsident Nujoma das politische Klima beträchtlich. Der zunehmend autokratische Regierungsstil verengte den politischen Spielraum zivilgesellschaftlicher Gruppen zunehmend und machte einem Klima der Einschüchterung Platz. Ein 2005 eingebrachter Gesetzesentwurf zur Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft und Staat passierte das Parlament bis heute noch nicht. Die einstmalig so dynamische und vielfältige bürgerliche Selbsthilfeszene verödete immer mehr. Heute existieren nur noch wenige Dutzend überregionale zivilgesellschaftliche Vereinigungen, und selbst eine großangelegte Geldspritze der EU hat nur für wenig Auftrieb gesorgt. Gerade in einem Land mit so extremen sozialen Gegensätzen wie in Namibia ist dieser Zustand besorgniserregend.

Die schwerwiegenden Krisenphänomene der namibischen Zivilgesellschaft, die gegenwärtig nur durch die weiterhin relativ freie Presse abgemildert werden, wurden von den Konferenzteilnehmern klar identifiziert. Große Erwartungen werden an spontane Demonstrationen geknüpft, wie sie 2014 und 2015 bei Protesten um städtische Grundstücksvergaben und die Pläne für einen überbelegten Parlamentsumbau gab, wie sie sich dann in der bislang wenig strukturierten Affirmative Repositioning Bewegung (AR) niederschlugen. Der zumindest kurzfristige politische Erfolg dieser Aktionen geht nicht zuletzt auf die neuen digitalen Kommunikationstechniken (SMS u.a.) zurück. Die Konferenzteilnehmer betonten jedoch, dass eine auf Nachhaltigkeit angelegte Zivilgesellschaft nur auf der Basis intakter Organisationsstrukturen möglich sei.

Im Blick auf die Zukunft wurde in drei Arbeitskreisen diskutiert: „Voraussetzungen für eine funktionierende Zivilgesellschaft“, „Bedingungen für eine nachhaltige Zivilgesellschaft“ und „Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement geweckt werden?“. Wesentliche Ergebnisse waren: Zivilgesellschaft muss die Anliegen der Bevölkerung aufgreifen (ear on the ground) und das Vertrauen der Bevölkerung durch Glaubwürdigkeit gewinnen. Ohne eine Finanzierung, die primär aus namibischen Quellen – staatlich oder privat – kommen sollte, geht es nicht, da die Zielgruppen kaum über Eigenmittel verfügen. Internationale Finanzierung muss solide abgewickelt werden (unterschiedliche Kulturen?), sollte aber auf keinen Fall

zur Bevormundung führen. Schließlich: Wichtige zivilgesellschaftliche Gruppen sollten wieder verstärkt eingebunden werden: Frauen, Wissenschaft, Kirchen usw.

Als zukunftsweisender Ansatz wurde ein überregionales Projekt der KAS vorgestellt: „Action for credible CSOs in Namibian Communities“. Es geht dabei um eine Bewusstseinsbildung von lokalen Sprechern und Volksvertretern über ihre eigene Führungsrolle in fünf Regionen des Landes. Nur wenn es gelingt, durch Partizipation und engagierte Arbeit Glaubwürdigkeit und Anerkennung vor Ort zu erringen, kann ihre Arbeit erfolgreich sein.

Um der Rolle und Bedeutung der Zivilgesellschaft anhand eigener Erfahrungen und Erfolge wieder einen höheren Stellenwert zu vermitteln, endete die Tagung mit dem Wunsch der Teilnehmer nach Veröffentlichung eines Civil Society Barometer – ein sicherlich sinnvoller Ansatz, um die eigene Arbeit kritisch zu reflektieren. Für den Veranstalter, die Konrad-Adenauer-Stiftung Namibia-Angola, wäre dies sicherlich eine verdienstvolle Aufgabe.

Prof. Dr. Heribert Weiland ist ehemaliger Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts der Universität Freiburg i.Br. und Vizepräsident der Deutsch-Namibischen Gesellschaft (DNG)



Am Mikrophon Anne Thandeka Gebhardt, Direktorin der NGO „House of Women“ und Präsidentin des jährlichen „Namibian Women Summit“. Links Heiner Naumann, Friedrich-Ebert-Stiftung Namibia.



Von rechts: Heribert Weiland und Reinhardt Kößler